

Berleemann, Michael; Hinze, Jörg

Research Report

Konjunkturprognose Deutschland: Winter 2024

HWWI Prognose, No. 4/2024

Provided in Cooperation with:

Hamburg Institute of International Economics (HWWI)

Suggested Citation: Berleemann, Michael; Hinze, Jörg (2024) : Konjunkturprognose Deutschland: Winter 2024, HWWI Prognose, No. 4/2024, Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HWWI), Hamburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/307608>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

HWWI PROGNOSEN

Konjunkturprognose Deutschland Winter 2024

Michael Berlemann | Jörg Hinze



HWWI PROGNOSE NR. 4/2024

Autoren:

MICHAEL BERLEMANN (Berlemann@hwwi.org)

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, CESifo, ifo
Institut für Wirtschaftsforschung

JÖRG HINZE (Hinze@hwwi.org)

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Imprint

Publikationsreihe: HWWI Prognosen

Verantwortlicher Herausgeber: Michael Berlemann

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Michael Berlemann

Geschäftsführer: Dr. Dirck Süß

Mönkedamm 9 | 20457 Hamburg | Deutschland

Phone: +49 40 340576-0 | Fax: +49 40 340576-150

info@hwwi.org | www.hwwi.org

© HWWI | Hamburg | Dezember 2024

Politische Unsicherheiten überschatten Konjunktur 2025/26

Michael Berlemann^{1,2} und Jörg Hinze¹

¹Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Mönkedamm 9, 20457 Hamburg, Deutschland.

Email: info@hwwi.org

²Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg, Deutschland.

Mit den Querelen in der Ampel-Koalition und deren schließlicher Beendigung haben sich die Unsicherheiten in der zweiten Jahreshälfte 2024 weiter erhöht. Private Verbraucher und vor allem Investoren halten sich weiter zurück. Nach den Revisionen des Statistischen Bundesamts gegenüber ersten Schätzungen für das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im 2. und 3. Quartal um insgesamt 0,3 Prozentpunkte nach unten hat sich zudem das BIP-Niveau für 2024 verringert, sodass das Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) seine Wachstumsprognose für 2024 von +0,2 auf -0,2 % zurücknimmt. Die weiteren Konjunkturperspektiven werden zudem durch die geopolitischen Unsicherheiten überschattet. Nach dem „Ampel-Aus“ stehen im Februar 2025 Neuwahlen an. Weit oben auf der Agenda der nächsten Regierung muss eine Belebung der wirtschaftlichen Dynamik stehen. Zwar wird eine gewisse Zeit bis zur Regierungsbildung vergehen und wirtschaftspolitische Maßnahmen daher erst mit einiger Verzögerung umgesetzt werden. Doch könnte dann etwa ab der Jahresmitte 2025 die momentane Lethargie in der deutschen Wirtschaft und die Investitionsschwäche der Unternehmen allmählich überwunden werden. Bis dahin dürfte lediglich der private Konsum konjunkturstützend wirken. Zudem dürfte die geldpolitische Lockerung allmählich zu einer Stabilisierung beitragen. Unter diesen Bedingungen erwartet das HWWI für 2025 ein Wirtschaftswachstum von ½ % und für 2026 von 1 ½ %. Die Inflationsrate für die Verbraucherpreise ist im Spätsommer 2024 zeitweilig unter die Stabilitätsmarke von 2 % gesunken. Dafür verantwortlich waren zunächst allerdings Basiseffekte und günstigere Kraftstoffpreise. Zuletzt hat sie sich aber wieder auf 2,2 % erhöht. Die sogenannte Kernrate von noch 3 % sowie deutlich gestiegene Arbeitskosten signalisieren weiterhin einigen Inflationsdruck. So ist denn auch in den kommenden Monaten noch mit Inflationsraten etwas über 2 % zu rechnen, bevor sich die Inflation ab Mitte 2025 bei 2 % stabilisieren dürfte. Die Unsicherheiten infolge der Neuwahlen, wie auch die ungewisse künftige, eher protektionistische Handelspolitik der USA und die anhaltenden geopolitischen Konflikte beinhalten einige Unwägbarkeiten für diese Prognosen.

HWWI Prognosen

Ansprechpartner
Jörg Hinze

Editiert von
Michael Berlemann

Anhaltende Wirtschaftsschwäche auch in 2. Jahreshälfte 2024

Das preis- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im 3. Quartal dieses Jahres lediglich um 0,1 % gegenüber dem Vorquartal „gestiegen“, aber auch diese geringe Zunahme liegt im Revisionsbereich des Statistischen Bundesamts. Zunehmenden staatlichen und privaten Konsumausgaben (jeweils um 0,3 %) standen dabei weiter sinkende Investitionen und Exporte gegenüber.

Der Anstieg der privaten Konsumausgaben, die mehr als 50 Prozent Anteil am BIP haben, war angesichts deutlich gestiegener Realeinkommen wenig überraschend, zumal bereits im bisherigen Jahresverlauf die Sparquote infolge erhöhter Verunsicherungen merklich zugenommen hatte. Die Sparneigung erhöhte sich zwar weiter, doch die gewachsene Kaufkraft schlug sich nun auch in vermehrtem Konsum nieder. Die Investitionszurückhaltung der Unternehmen hält aber angesichts der als widrig empfundenen Standortbedingungen an. Und die Bauinvestitionen, insbesondere im Wohnungsbau, sind infolge der vorangegangenen hohen Baupreissteigerungen und deutlichen Zinserhöhungen bis zuletzt merklich gesunken. Die inzwischen geringeren Baupreissteigerungen und die Zinswende führen erst allmählich zu einer Stabilisierung – auf sehr niedrigem Niveau. Vom Außenhandel kamen zuletzt ebenfalls die Konjunktur dämpfende Impulse; die Wachstumsbeiträge in den zurückliegenden beiden Quartalen waren deutlich negativ. Steigenden Exporten in die USA standen kräftigere Rückgänge nach China und leichtere innerhalb der EU gegenüber. Eine ähnliche Entwicklung ist auch für den restlichen Jahresverlauf 2024 zu erwarten.

Damit hält die deutsche Wirtschaftsschwäche unverändert an. Dafür gibt es eine Reihe von Charakteristika, angefangen bei den statistischen Werten: Nicht nur, dass das Statistische Bundesamt seine ersten BIP-Schätzungen immer wieder nach unten revidiert hat. Das momentane BIP-Niveau liegt gerade mal auf Vor-Corona-Niveau und 0,7 % unter dem letzten Nach-Corona-Höchststand im 3. Quartal 2022. Nachdem ist das preis- und saisonbereinigte BIP in den 8 Quartalen – abwechselnd, bei sinkender Tendenz – 4 mal gestiegen und 4 mal gesunken. Bei 2 aufeinanderfolgenden Rückgängen hätte man von (technischer) Rezession gesprochen; nach anderer Definition, einer ständig zunehmenden Unterauslastung des Produktionspotenzials, ist Deutschland mitten in einer Rezession. Die Abwärtsrevisionen für das 2. und 3. Quartal 2024, haben zudem bewirkt, dass das BIP-Niveau 2024 entsprechend niedriger ausfällt und das Wirtschaftswachstum im Jahresdurchschnitt 2024 mit -0,2 % im zweiten Jahr nacheinander (Jahresdurchschnitt 2023: -0,3 %) negativ ist.

Noch deutlicher wird die aktuelle Wirtschaftsschwäche bei struktureller Betrachtung der BIP-Entwicklung. Allein die staatlichen Konsumausgaben sind aktuell höher als vor Corona, nämlich real um mehr als 10 %, nominal sogar um fast ein Drittel; die Staats(ausgaben)quote hat sich bis zuletzt deutlich gegenüber dem Vor-Corona-Niveau vor 5 Jahren erhöht. Die realen staatlichen Bruttoinvestitionen sind hingegen etwa auf dem Vor-Corona-Niveau (nominal ein Viertel höher). Die preisbereinigten privaten Konsumausgaben bewegen sich ebenfalls lediglich auf dem Niveau von vor Corona. Die Ausrüstungsinvestitionen, entscheidend für den Aufbau des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks und das künftige Wachstum, sind mehr als 10 % niedriger. Ebenso sind die Bauinvestitionen, sowohl die in Wohnbauten wie auch die in Nichtwohnbauten, um etwa ein Zehntel niedriger. Diese Daten zeigen zweierlei, eine Vernachlässigung staatlicher Investitionsausgaben zugunsten staatlicher Konsumausgaben sowie einen starken Rückgang der privaten Investitionstätigkeit und sie sind Spiegelbild der Standortschwäche und der Hauptgrund für das inzwischen geringe Potenzialwachstum, das nur mehr auf etwa ½ % geschätzt wird. Ein wesentlicher Faktor ist zudem der in Folge des demographischen Wandels zunehmend negative Beitrag des Arbeitsvolumens zum Produktionspotenzial.

Die deutsche Wachstumsschwäche hat sicherlich mehrere Ursachen. Corona-Krise, Ukraine-krieg und Nahostkrise haben für globale und nationale Friktionen gesorgt. Dass aber die deutsche Wirtschaft diese weniger gut als andere Länder überwunden hat, hat auch vielfältige hausgemachte Ursachen. Bürokratie und Überregulierung, hohe Steuer- und Abgabenbelastung, im internationalen Vergleich hohe Energiepreise, vernachlässigte Infrastruktur sind schon länger bekannte Standortschwächen, die von der Politik nie entschlossen genug angegangen wurden. Im Gegenteil – politische Querelen um die Haushalts- und Wirtschaftspolitik haben in der jüngeren Vergangenheit für weitere Verunsicherung sowohl bei privaten Verbrauchern wie bei Unternehmen geführt, mit der Folge, dass die privaten Verbraucher ihre Sparneigung erhöhten und die Investitionsbereitschaft

der Unternehmen hierzulande zurückging und vermehrt Investitionen im Ausland erwogen wurden.

Konjunkturschwäche schlägt sich nun auch am Arbeitsmarkt nieder

Der Arbeitsmarkt schien trotz der Wachstumsschwäche lange Zeit als recht robust, allerdings zu Lasten der gesamtwirtschaftlichen Produktivität, die in den letzten 5 Jahren nahezu stagnierte, und kräftig, um fast 20 % gestiegener Lohnstückkosten. Dadurch hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft spürbar vermindert. Überdies wurde insbesondere die Beschäftigung im öffentlichen Bereich ausgeweitet, während die in der krisengeschüttelten Industrie zurückging. Nunmehr schlägt sich die anhaltende Konjunkturschwäche mehr und mehr auch auf dem Arbeitsmarkt nieder. Die Zahl der Beschäftigten sinkt seit Mai. Die Zahl der Arbeitslosen, die aufgrund der Ausweitung des Arbeitsangebots, zum großen Teil wegen der Zuwanderung, schon seit Mitte 2022 zunimmt, steigt weiter. Die Zahl der offenen Stellen verringert sich. Die Insolvenzen nehmen zu. Mehrere große Industrieunternehmen haben Entlassungen angekündigt. Dass sich die Arbeitsmarktsituation angesichts der Umstände – Wirtschaftsschwäche, starke Zuwanderung – bislang nicht stärker verschlechterte, beruhte neben der Ausweitung der Beschäftigung in öffentlichen Bereichen auch darauf, dass die Unternehmen vielfach versuchten, ihre Fachkräfte zu halten und zumindest bis zum Sommer 2024 die Hoffnung auf eine Besserung der wirtschaftlichen Situation in absehbarer Zeit bestand. Allerdings muss die Politik den Erwartungen auf eine baldige Wirtschaftswende auch entsprechen, damit der Stimmungsumschwung am Arbeitsmarkt sich nicht verfestigt. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass das Arbeitsvolumen insgesamt über die nächsten Jahre rückläufig ist, ist jedoch selbst dann nicht mit Massenarbeitslosigkeit zu rechnen.

Inflation im Stabilitätsbereich, aber noch nicht ganz überwunden

Die Inflationsrate für die Verbraucherpreise ist im Spätsommer 2024 zeitweilig unter die Stabilitätsmarke von 2 % gesunken. Dafür verantwortlich waren zunächst allerdings Basiseffekte und günstigere Kraftstoffpreise. Zuletzt hat sie sich wieder auf 2,2 % erhöht. Vor allem Nahrungsmittel (einschließlich alkoholfreier Getränke +2,8 % gegenüber dem Vorjahr) und Dienstleistungen (+4,0 %) verteuerten sich zuletzt immer noch überdurchschnittlich. Die sog. Kernrate (Inflationsrate ohne Berücksichtigung von Nahrungsmitteln und Energie) von noch 3 % sowie deutlich gestiegene Arbeitskosten signalisieren weiterhin einigen Inflationsdruck; zudem sind die Energiepreise recht volatil. Günstigere Energiepreise haben auch auf den vorgelagerten Stufen – bei Einfuhr- und Erzeugerpreisen – den Preisanstieg insgesamt zunächst gestoppt, Investitions-, Konsum- und Vorleistungsgüter haben sich aber, wenn auch meist nur leicht, verteuert.

Stillstand bis Frühjahr 2025, lediglich Impulse vom privaten Konsum

Bis zu den Neuwahlen und der Aufnahme der Regierungsgeschäfte durch die nächste Regierung – bis etwa April/Mai 2025 – sind keine nennenswerten Impulse für die Konjunktur zu erwarten. Da der Bundeshaushalt 2025 nach dem Ampel-Aus nicht mehr beschlossen wurde, werden wegen der sogenannten vorläufigen Haushaltsführung Staatsaufträge teils liegen bleiben, nicht zuletzt im Sicherheits- und Infrastrukturbereich. Auch die Unternehmen dürften bei ihren Planungen zunächst die Maßnahmen für eine „neue Wachstumsinitiative“ einer neuen Bundesregierung abwarten und ihre Investitionen aufs Notwendige beschränken. Der Rückgang der Bauinvestitionen dürfte sich zunächst fortsetzen, allerdings angesichts voraussichtlich weiterer Leitzinssenkungen mehr und mehr verlangsamen. So ruhen denn die Konjunkturerwartungen für die nächsten Monate weiterhin vor allem auf dem privaten Konsum. Dieser wird auch noch in den ersten Monaten von 2025 von den kräftig gestiegenen Realeinkommen in diesem Jahr profitieren, selbst wenn auch die Verbraucher erst einmal weiterhin vorsichtig agieren und die Sparquote zunächst hoch bleibt. Alles in allem dürfte das preis- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt bis zum Frühjahr 2025 kaum

zunehmen.

„Neue Wachstumsinitiative“ lässt auf Wirtschaftswende 2025/26 hoffen

Angesichts des inzwischen eingetretenen wirtschaftspolitischen Stillstands bieten die Neuwahlen im Februar 2025 die Chance zu einer vorzeitigen, baldigen Wirtschaftswende. Die Verlautbarungen der meisten Parteien im angelaufenen Wahlkampf lassen darauf schließen, dass diese sich weitgehend der Wachstums- und Standortprobleme bewusst sind. Hier wird davon ausgegangen, dass die nächste Regierung diese Probleme weit oben auf ihrer Agenda hat und relativ schnell Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, nicht zuletzt zur Behebung der Investitionsschwäche, umsetzt. Damit würde die Privatwirtschaft neue Impulse erhalten. Aber auch der Staat würde nach Verabschiedung eines Haushalts 2025 aufgeschobene Staatsaufträge nachholen.

Eine wichtige Stütze der Konjunktur im Prognosezeitraum 2025/26 dürfte der private Konsum bleiben. Auch wenn die Lohnabschlüsse mit der geringeren Inflation künftig deutlich niedriger ausfallen, dürften die Realeinkommen weiter moderat zunehmen. Gleichzeitig dürfte nach den Neuwahlen bei politisch stabileren Verhältnissen und nachlassender Unsicherheit die Sparneigung der privaten Haushalte sich wieder normalisieren; das bedeutet umgekehrt eine Erhöhung der Kaufneigung. So dürften nicht zuletzt die Käufe langlebiger Güter, die in unsicheren Zeiten teils aufgeschoben wurden, nachgeholt werden. Die Bauinvestitionen dürften bis zum Frühjahr 2025 eher noch zurückgehen; darauf weisen etwa im Wohnungsbau die bis zuletzt rückläufigen Baugenehmigungen hin, neuen öffentlichen Bauinvestitionen fehlt vorläufig zumindest im Bund die Haushaltsgrundlage. Ab Frühsommer sollte sich aber auch hier ein Umschwung einstellen. Bis dahin werden die Zinsen voraussichtlich weiter merklich sinken. Damit verbessern sich die Finanzierungsbedingungen vor allem für den Wohnungsbau; verbesserte Einkommen und die angespannte Wohnungssituation (Wohnungsknappheit, gestiegene Mieten) tun ihr übriges. Im öffentlichen Bereich werden dann aufgeschobene Bauinvestitionen nachgeholt und über den weiteren Zeitraum wird dann wohl auch eines der aktuellen Probleme – Stichwort: marode Infrastruktur – angegangen werden. Vielfach diskutierte Maßnahmen im Rahmen einer neuen Wachstumsinitiative sind steuerliche Erleichterungen und verbesserte Abschreibungsbedingungen für Unternehmen. Hier wird davon ausgegangen, dass die nächste Regierung ein Maßnahmenbündel beschließt, das die Standortbedingungen hierzulande und die Rahmenbedingungen für Unternehmensinvestitionen verbessert. Bis dahin werden die Unternehmen sich bei ihren Investitionen eher zurückhalten, anschließend könnte aber eine Investitionsinitiative mit spürbaren Wachstumsraten bei Ausrüstungen, gewerblichen Bauinvestitionen und sonstigen Anlagen ausgelöst werden.

Weniger günstig sind die Bedingungen von weltwirtschaftlicher Seite. Unser Haupthandelspartner, die EU, wird ebenfalls nur moderat wachsen. Von Seiten unseres wichtigsten Außenhandelspartners außerhalb der EU, den USA, drohen Einfuhrzölle. Dabei werden deutsche Unternehmen nicht nur direkt betroffen sein, sondern auch indirekt durch betroffene Produktionsstätten in anderen Ländern. Im Handel mit China sind deutliche Tendenzen erkennbar, sich weniger abhängig zu machen; überdies ist auch hier mit Strafzöllen zu rechnen, nachdem die EU insbesondere für Importe von Elektroautos aus China Zölle eingeführt hat. Für die deutsche, stark exportorientierte Wirtschaft sind die Exportaussichten für die nächsten zwei Jahre folglich begrenzt. Sicherlich wachsen die angesprochenen Regionen und die deutsche Wirtschaft wird auch ihre Exportbemühungen in andere Regionen verstärken. Doch die Zuwachsraten bei den Ausfuhren werden auch wegen der verschlechterten preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutlich niedriger als in der Vergangenheit sein. Gleichzeitig werden die Einfuhren bei Belebung der Konjunktur hierzulande merklich zunehmen. Von Seiten des Außenhandels ist somit kaum ein Wachstumsbeitrag im Prognosezeitraum zu erwarten.

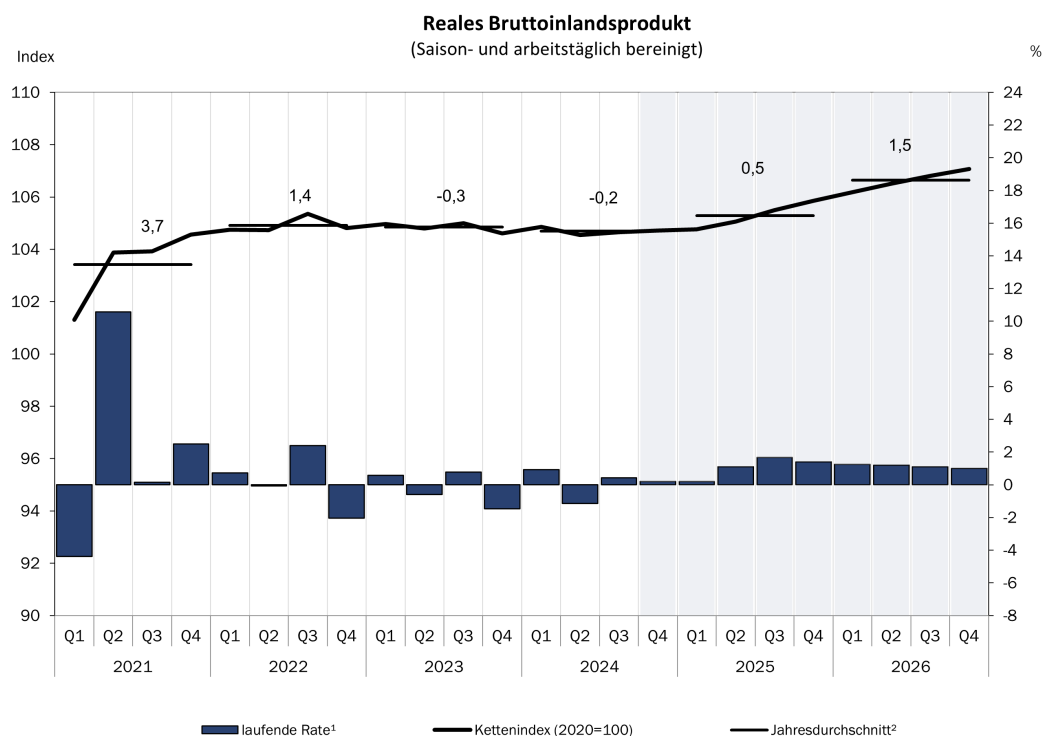


Abbildung 1. Reales Bruttoinlandsprodukt (saison- und arbeitstäglich bereinigt)

2025 Wachstum von ½ %, 2026 von 1 ½ % möglich

Unter vorgenannten Bedingungen würden sich ab etwa der Jahresmitte 2025 zumindest von binnenwirtschaftlicher Seite die Wachstumsbedingungen hierzulande zu verbessern beginnen. Das könnte die Konjunktur im zweiten Halbjahr 2025 anschieben und sich im Jahr 2026 fortsetzen. Gleichwohl ist, da die Überwindung des Reformstaus einige Zeit benötigen wird, nicht so schnell mit derart hohen Expansionsraten wie in früheren Aufschwüngen zu rechnen. Hier wird in der zweiten Jahreshälfte 2025 sowie im Jahr 2026 mit einer laufenden Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts zwischen 1 ¼ und 1 ¾ % gerechnet. Angesichts der aktuellen Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten wäre dies trotz des geringen Potenzialwachstums möglich. Im Jahresdurchschnitt würde dann das Wirtschaftswachstum 2025 etwa ½ % und 2026 rund 1 ½ % erreichen.

Die Lage am Arbeitsmarkt dürfte sich bei dem bis zum Frühjahr 2025 weitgehenden „Stillstand“ der Konjunktur bis dahin tendenziell weiter verschlechtern. Mit Belebung der Konjunktur im Sommer 2025 sollten aber auch die Zahl der Erwerbstätigen wieder zu steigen und die der Arbeitslosen zu sinken beginnen. Gegen Ende 2026 könnte die Beschäftigung wieder etwa den Höchststand vom Frühsommer 2024 erreichen. Die Arbeitslosenquote würde dann wieder unter 6 % sinken.

Inflationsrate wird sich im Prognosezeitraum bei 2 % stabilisieren

Die Inflation auf der Verbraucherstufe ist zwar in den Bereich der Stabilitätsmarke von 2 % abgesunken, allerdings gibt es noch einzelne Inflationstreiber. Insofern ist der Disinflationprozess noch nicht ganz abgeschlossen. Dies gilt umso mehr, falls die Energiepreise, insbesondere die Ölpreise, wieder ansteigen würden; der HWWI-Index für Energierohstoffe lag zuletzt um mehr als 10 % unter dem Vorjahresniveau. Aber auch die deutlich gestiegenen Arbeitskosten hierzulande werden noch

eine Zeit lang nachwirken; dies zeigt sich besonders bei den noch kräftigen Preissteigerungen für Dienstleistungen. So sind in nächster Zeit auch Inflationsraten über 2 % noch wahrscheinlich. Wenn sich die Lohnabschlüsse künftig mehr und mehr an der aktuellen Inflationsentwicklung orientieren, wird sich die Inflationsrate für die Verbraucherpreise etwa ab der Jahresmitte 2025 bei 2 % stabilisieren.

Vermehrte Risiken für diese Prognosen

Im Prognosezeitraum 2025/26 sind die Erwartungen für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft vermehrten Risiken/Unwägbarkeiten ausgesetzt. Die geopolitischen Krisen – namentlich Ukrainekrieg und Nahostkrise – haben sich verschärfende Tendenzen; eine Ausweitung der Konflikte könnte auch ökonomische Folgen haben. Noch nicht überschaubar, aber wohl an Bedeutung gewinnen dürften handelspolitische Restriktionen. Aus China ist mit Reaktionen auf die EU-Zölle für Elektroautos zu rechnen. Die neue, ab Januar 2025 amtierende US-Regierung hat bereits im Wahlkampf weitreichende Zölle angekündigt. Damit würden die beiden wichtigsten Handelspartner Deutschlands außerhalb der EU deutsche Exporte – in bislang unbekannter Höhe – belasten.

Besondere Unsicherheiten bestehen angesichts der im Februar 2025 anstehenden Neuwahlen von innenpolitischer Seite. Die von September 2025 nun auf Februar vorgezogenen Wahlen bieten einerseits die Chance, relativ bald Wachstum und Standort verbessernde Wirtschaftsreformen durchzuführen. Davon wurde in dieser Prognose weitgehend ausgegangen. Eine schnelle und diesbezüglich einvernehmliche Regierungsbildung ist aber trotz des Problembewusstseins dafür in den meisten Parteien nicht unbedingt gewährleistet. Selbst gleiches bzw. ähnliches Problembewusstsein bedeutet nicht automatisch übereinstimmende Vorschläge für Reformen bzw. Maßnahmen. Lange und wirtschaftspolitisch nicht überzeugende Koalitionsverhandlungen würden eine Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft verzögern und möglicherweise für neue Verunsicherung sorgen.

Wachstumsförderliche Wirtschaftspolitik in der Schwebe

In der bisherigen Regierungskoalition waren die jeweiligen Parteiinteressen recht unterschiedlich. Wirtschaftspolitische Vorschläge waren teils unter den Koalitionsparteien nicht abgestimmt, und wurden von der jeweils anderen Seite dann abgelehnt. Eine umfängliche Wachstumsinitiative zur Verbesserung der ökonomischen Rahmenbedingungen und Standortwettbewerbsfähigkeit ist so nicht zustande gekommen. Bis zu den Neuwahlen im Februar 2025 wird wohl bis auf Einzelmaßnahmen (wie Minderung der kalten Progression, Kindergelderhöhung, Reduzierung der Netzentgelte für 2025, Lieferkettengesetz) ein wirtschaftspolitisches Vakuum bestehen.

Aus heutiger Sicht könnten sich bei der Bundestagswahl im Februar 2025 Abstimmungsergebnisse mit erneut komplizierten Parteienkonstellationen ergeben. Eine Regierungsbildung würde dann unter Umständen langwierig und beinhaltete wiederum Koalitionen mit recht unterschiedlichen Parteiinteressen. Es würde dann wohl noch mal gewisse Zeit vergehen bis ein wachstumsförderliches Programm beschlossen und parlamentarisch umgesetzt würde. Bis dann die Unternehmen verstärkt investieren verginge weitere Zeit. Dann würden wohl erst im Jahr 2026 merkliche Impulse für Unternehmensinvestitionen und Konjunktur ausgehen.

Wie schnell und wie weitgehend entsprechende wirtschaftspolitische Beschlüsse zustande kommen, wird vor allem auch eine Finanzierungsfrage sein. Die zentrale Bedeutung der Finanzierungsseite ist nicht nur an der Tatsache, dass sie eine entscheidende Rolle beim Scheitern der "Ampel" spielte abzulesen. Auch im beginnenden Wahlkampf positionieren sich bereits die einzelnen Parteien im Hinblick auf die Diskussion um die Notwendigkeit einer Reform der Schuldenbremse und kommen dabei zu sehr unterschiedlichen Einschätzungen. Die sich ergebenden Spielräume werden also stark davon abhängen, welche Koalition die nächste Regierung stellt.

Es kann wenig Zweifel daran geben, dass eine Schuldenbremse per se wichtig ist. Zu groß ist der Anreiz vieler Regierungen, im Wahlkampf die Popularität durch teure aber oft wenig sinnvolle Maßnahmen zu verbessern. Dennoch erscheint die derzeitige Schuldenbremse in einigen Bestimmungen zu starr, in anderen dagegen zu willkürlich. Eine dauerhafte Finanzierung von Investitionen über Sondervermögen, die letztlich eine Umgehung der gültigen Schuldenbremse darstellen würde, erscheint höchst fragwürdig und sollte ausgeschlossen werden. Und auch die "Notlage-Klausel" ist in ihrer derzeitigen Form zu offen formuliert als dass nicht die permanente Gefahr bestünde, sie zu missbrauchen. Auf der anderen Seite erscheint es fragwürdig, warum staatliche Investitionsprojekte, die unbestrittenermaßen Vorteile über lange Zeiträume hinweg bringen, nicht über Verschuldung finanziert werden können sollen. Letztlich wird es entscheidend darauf ankommen, in einer Reform eine gerichtsfeste und ökonomisch angemessene Regelung zu finden, die konsumptive von investiven Ausgaben abgrenzt.

Aber auch eine etwaige Reform der Schuldenbremse ändert nichts an der Notwendigkeit, die bisherigen Staatsausgaben neu auf den Prüfstand zu stellen. Wie beschrieben, wurden die staatlichen Konsumausgaben in den vergangenen Jahren kräftig ausgeweitet, so dass die Staatsausgabenquote nach wie vor deutlich über Vorkrisenniveau liegt. Um Spielraum für mehr Investitionen zu bekommen ist die nächste Regierung zunächst dringend gehalten, die derzeitigen Ausgaben zu hinterfragen und ggfs. umzustrukturieren.

Die Prognose im Detail

Im Folgenden werden die Eckdaten der Prognose sowie deren detaillierte Aufschlüsselung im Detail in Form von Tabellen dargestellt. Die Werte für die Jahre 2021, 2022 und 2023 stammen vom Statistischen Bundesamt, die Wert für die Folgejahre sind Prognosen des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts.

Tabelle 1. Eckdaten der Prognose

	2022	2023	2024	2025	2026
Bruttoinlandsprodukt ¹	1,4	-0,3	-0,2	0,5	1,5
Private Konsumausgaben	5,6	-0,4	0,1	0,8	1,4
Konsumausgaben des Staates	0,1	-0,1	2,2	0,8	1,0
Anlageinvestitionen	-0,2	-1,2	-2,8	0,0	3,9
Ausrüstungen	4,5	-0,8	-5,7	0,3	5,4
Bauten	-3,9	-3,4	-3,6	-1,0	2,9
Sonstige Anlagen	2,6	4,7	3,9	1,7	4,1
Inlandsnachfrage	2,8	-0,4	-0,1	0,7	1,5
Ausfuhr	3,1	-0,3	-0,4	0,8	2,8
Einfuhr	7,0	-0,6	-0,3	1,4	2,9
Erwerbstätige	1,4	0,7	0,2	-0,2	0,2
Arbeitslose (Mill. Personen)	2,42	2,61	2,80	2,92	2,78
Arbeitslosenquote (in %) ²	5,1	5,4	5,8	6,0	5,7
Verbraucherpreise	6,9	5,9	2,2	2,1	2,0
Finanzierungssaldo des Staates	-2,1	-2,6	-2,2	-2,0	-1,4
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP) ³	4,4	5,9	6,5	6,2	6,2

¹ Preisbereinigt

² Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept)

³ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik

Tabelle 2. Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (Veränderung in % gegenüber Vorjahr)

	2022	2023	2024	2025	2026
Erwerbstätige (Inland)	1,4	0,7	0,2	-0,2	0,2
Arbeitszeit (arbeitstäglich bereinigt)	0,0	0,4	-0,3	0,2	-0,7
Arbeitstage	-0,2	-0,8	-0,3	-0,3	1,0
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	1,2	0,4	-0,3	-0,3	0,4
Produktivität	0,2	-0,6	0,2	0,8	1,1
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,4	-0,3	-0,2	0,5	1,5

Tabelle 3. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (in jeweiligen Preisen)

	2022	2023	2024	2025	2026
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Konsumausgaben	2944,9	3110,8	3215,9	3312,8	3423,6
Private Haushalte einschl. OoE	2075,1	2205,6	2266,7	2334,9	2415,1
Staat	869,8	905,2	949,1	977,9	1008,5
Anlageinvestitionen	858,3	899,9	895,7	912,0	966,1
Ausrüstungen	263,0	275,7	264,4	269,6	289,8
Bauten	446,5	466,1	463,2	468,8	492,0
Sonstige Anlagen	148,8	158,0	168,1	173,6	184,3
Vorratsveränderungen	52,0	7,2	6,7	16,0	0,3
Inlandsnachfrage	3855,1	4017,9	4118,3	4240,8	4389,9
Außenbeitrag	98,7	167,7	186,8	184,3	198,4
Ausfuhr	1810,1	1816,6	1825,6	1872,5	1964,1
Einfuhr	1711,4	1649,0	1638,8	1688,2	1765,7
Bruttoinlandsprodukt	3953,9	4185,6	4305,1	4425,1	4588,3
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Konsumausgaben	10,7	5,6	3,4	3,0	3,3
Private Haushalte einschl. OoE	12,7	6,3	2,8	3,0	3,4
Staat	6,1	4,1	4,9	3,0	3,1
Anlageinvestitionen	10,1	4,9	-0,5	1,8	5,9
Ausrüstungen	11,7	4,8	-4,1	1,9	7,5
Bauten	10,5	4,4	-0,6	1,2	4,9
Sonstige Anlagen	6,5	6,2	6,4	3,2	6,2
Inlandsnachfrage	10,6	4,2	2,5	3,0	3,5
Ausfuhr	15,4	0,4	0,5	2,6	4,9
Einfuhr	24,1	-3,6	-0,6	3,0	4,6
Bruttoinlandsprodukt	7,5	5,9	2,9	2,8	3,7

Tabelle 4. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt)

	2022	2023	2024	2025	2026
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Konsumausgaben	2685,0	2676,9	2695,4	2717,4	2752,9
Private Haushalte einschl. OoE	1888,8	1881,9	1883,3	1898,8	1926,0
Staat	796,3	795,2	812,4	819,1	827,3
Anlageinvestitionen	739,7	730,8	710,0	710,0	737,9
Ausrüstungen	241,3	239,3	225,7	226,3	238,5
Bauten	358,5	346,4	334,0	330,8	340,3
Sonstige Anlagen	140,8	147,4	153,1	155,7	162,0
Inlandsnachfrage	3456,9	3442,9	3440,1	3463,3	3515,6
Ausfuhr	1531,4	1526,8	1520,2	1532,0	1575,6
Einfuhr	1360,5	1352,0	1348,6	1367,0	1406,4
Bruttoinlandsprodukt	3625,2	3615,5	3609,4	3625,8	3681,6
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Konsumausgaben	3,9	-0,3	0,7	0,8	1,3
Private Haushalte einschl. OoE	5,6	-0,4	0,1	0,8	1,4
Staat	0,1	-0,1	2,2	0,8	1,0
Anlageinvestitionen	-0,2	-1,2	-2,8	0,0	3,9
Ausrüstungen	4,5	-0,8	-5,7	0,3	5,4
Bauten	-3,9	-3,4	-3,6	-1,0	2,9
Sonstige Anlagen	2,6	4,7	3,9	1,7	4,1
Inlandsnachfrage	2,8	-0,4	-0,1	0,7	1,5
Ausfuhr	3,1	-0,3	-0,4	0,8	2,8
Einfuhr	7,0	-0,6	-0,3	1,4	2,9
Bruttoinlandsprodukt	1,4	-0,3	-0,2	0,5	1,5

Tabelle 5. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (Veränderung in % gegenüber Vorjahr)

	2022	2023	2024	2025	2026
Konsumausgaben Private Haushalte einschl. OoE	6,8	6,7	2,7	2,2	2,0
Konsumausgaben Staat	5,9	4,2	2,6	2,2	2,1
Anlageinvestitionen	10,4	6,1	2,5	1,8	1,9
Ausrüstungen	6,9	5,7	1,7	1,7	2,0
Bauten	15,0	8,1	3,1	2,2	2,0
Sonstige Anlagen	3,8	1,4	2,4	1,5	2,0
Ausfuhr	12,0	0,7	0,9	1,8	2,0
Einfuhr	16,0	-3,0	-0,4	1,6	1,7
Bruttoinlandsprodukt	6,1	6,1	3,0	2,3	2,1

Tabelle 6. Einkommensentstehung und -verteilung

	2022	2023	2024	2025	2026
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Primäreinkommen der privaten Haushalte	2731,1	2896,0	3013,2	3095,7	3189,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	368,2	383,0	400,8	413,9	425,6
Bruttolöhne und -gehälter	1718,7	1846,0	1948,1	2008,2	2065,1
Übrige Primäreinkommen	644,2	667,0	664,2	673,7	698,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	569,0	578,2	550,7	556,4	586,8
Nettonationaleinkommen	3300,1	3474,2	3563,9	3652,1	3776,3
Abschreibungen	797,0	858,0	888,1	919,8	958,9
Bruttonationaleinkommen	4097,1	4332,2	4452,0	4571,9	4735,2
<i>nachrichtlich:</i>					
Volkseinkommen	2935,9	3134,5	3182,3	3267,5	3381,7
Arbeitnehmerentgelt	2087,0	2229,0	2349,0	2422,0	2490,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	848,9	905,4	833,3	845,5	891,1
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Primäreinkommen der privaten Haushalte	8,1	6,0	4,0	2,7	3,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	5,9	4,0	4,7	3,2	2,8
Bruttolöhne und -gehälter	6,1	7,4	5,5	3,1	2,8
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitn. (Inl.)	4,3	6,4	5,2	3,6	2,8
Übrige Primäreinkommen	15,3	13,5	-0,4	1,4	3,7
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	1,0	1,6	-4,8	1,0	5,5
Nettonationaleinkommen	6,8	5,3	2,6	2,5	3,4
Abschreibungen	12,1	7,6	3,5	3,6	4,3
Bruttonationaleinkommen	7,8	5,7	2,8	2,7	3,6
<i>nachrichtlich:</i>					
Volkseinkommen	5,4	6,8	1,5	2,7	3,5
Arbeitnehmerentgelt	6,0	6,8	5,4	3,1	2,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	3,8	6,7	-8,0	1,5	5,4

Tabelle 7. Einkommensentstehung und -verteilung

	2022	2023	2024	2025	2026
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Masseneinkommen	1714,4	1857,9	1962,3	2020,6	2069,0
Nettolöhne und -gehälter	1174,8	1286,5	1358,8	1396,1	1432,6
Monetäre Sozialleistungen ¹	688,5	730,6	772,0	800,1	819,0
verbrauchsnahe Steuern	148,9	159,2	168,6	175,6	182,6
Übrige Primäreinkommen der priv. HH	644,2	667,0	664,2	673,7	698,9
Sonstige Transfers (Saldo)	-109,0	-120,5	-127,4	-133,4	-138,4
Verfügbares Einkommen	2249,6	2404,4	2499,0	2560,9	2629,4
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	62,8	57,7	58,5	60,3	61,8
Konsumausgaben	2075,1	2205,6	2266,7	2334,9	2415,1
Sparen	237,3	256,5	290,8	286,3	276,2
Sparquote	10,3	10,4	11,4	10,9	10,3
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Masseneinkommen	4,4	8,4	5,6	3,0	2,4
Nettolöhne und -gehälter	5,7	9,5	5,6	2,7	2,6
Monetäre Sozialleistungen ¹	1,7	6,1	5,7	3,6	2,4
verbrauchsnahe Steuern	2,2	6,9	5,9	4,2	4,0
Übrige Primäreinkommen der priv. HH	15,3	3,5	-0,4	1,4	3,7
Verfügbares Einkommen	7,9	6,9	3,9	2,5	2,7
Konsumausgaben	12,7	6,3	2,8	3,0	3,4
Sparen	-21,8	8,1	13,4	-1,5	-3,5

¹ abzügl. Abgaben auf soziale Leistungen

Tabelle 8. Einnahmen und Ausgaben des Staates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen)

	2022	2023	2024	2025	2026
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Einnahmen					
Steuern	960,8	957,6	994,9	1027,5	1074,8
Sozialbeiträge	667,1	709,9	749,5	773,4	795,2
Vermögenseinkommen	18,6	31,4	34,8	37,8	39,8
Sonst. lfd. Übertragungen	29,2	33,4	32,4	33,5	34,1
Vermögenstransfers	18,4	19,4	20,0	20,5	21,5
Verkäufe	158,3	165,5	177,7	186,2	192,9
Sonst. Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Einnahmen insgesamt	1852,6	1917,4	2009,3	2079,1	2158,6
Ausgaben					
Vorleistungen (ohne soziale Sachleist.)	252,2	264,0	275,2	283,1	290,9
Arbeitnehmerentgelt	320,7	337,6	352,7	362,0	372,0
Sonst. Produktionsabgaben	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	27,9	36,6	44,0	49,5	53,9
Subventionen	67,5	84,5	56,0	54,6	54,0
Monetäre Sozialleistungen	613,9	657,0	695,6	720,8	737,8
Soziale Sachleistungen	354,6	362,1	386,3	397,0	407,4
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	111,3	91,9	87,0	85,2	87,3
Vermögenstransfers	77,9	74,4	83,0	84,2	85,5
Bruttoinvestitionen	112,2	117,1	125,0	130,0	133,9
Nettozugang nichtprod. Vermögensgüter	-1,0	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5
Ausgaben insgesamt	1937,5	2025,0	2104,8	2166,4	2222,6
Finanzierungssaldo	-84,9	-107,5	-95,5	-87,3	-64,0
<i>b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr</i>					
Einnahmen					
Steuern	7,0	-0,3	3,9	3,3	4,6
Sozialbeiträge	5,5	6,4	5,6	3,2	2,8
Vermögenseinkommen	14,9	68,7	10,1	9,4	5,4
Sonst. lfd. Übertragungen	-9,5	14,5	-3,1	3,6	1,8
Vermögenstransfers	-4,7	5,6	3,1	2,5	4,9
Verkäufe	5,5	4,6	7,4	4,7	3,6
Einnahmen insgesamt	6,0	3,5	4,8	3,5	3,8
Ausgaben					
Vorleistungen (ohne soziale Sachleist.)	3,5	2,9	2,7	5,0	3,7
Arbeitnehmerentgelt	4,4	5,3	4,5	2,6	2,7
Sonst. Produktionsabgaben	-32,5	10,7	1,2	5,8	15,4
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	28,2	31,2	20,3	12,6	8,8
Subventionen	-37,2	25,3	-33,8	-2,5	-1,1
Monetäre Sozialleistungen	1,3	7,0	5,9	3,6	2,4
Soziale Sachleistungen	7,1	2,1	6,7	2,8	2,6
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	22,9	-17,5	-5,3	-2,1	2,5
Vermögenstransfers	51,5	-4,4	11,5	1,5	1,5
Bruttoinvestitionen	5,7	4,4	6,7	4,0	3,0
Ausgaben insgesamt	3,9	4,5	3,9	2,9	2,6
Finanzierungssaldo (in vH des BIP)	-2,1	-2,6	-2,2	-2,0	-1,4